



Harald Wiese



Haushalt 2021 und Anträge der Kreistagsfraktionen, Rede vom 21.12.20

Sehr geehrter Frau Vorsitzende Meyer, sehr geehrter Herr Landrat Bockhop,
sehr geehrte Damen und Herren,

in ihrer Haushaltsrede vom letzten Jahr hatte Frau Schlegel einen Plan aus den Zeiten der Haushaltskonsolidierung gezeigt. Ich hatte ihr nahegelegt, diesen nicht beiseite zulegen, weil wir ihn wieder brauchen könnten. Nun, die Krise ist da, sie heißt Corona und hat uns fast das ganze Jahr begleitet. Und doch haben wir keinen Krisenhaushalt. Die Einnahmen aus der Kreisumlage sind sogar gestiegen. Der Einbruch der Steuereinnahme wird aber schon bald auch für den Kreis zu spüren sein. In dieser Situation fehlt die Prüfung: wo kann gespart werden. Das Investitionsprogramm ist sicher wichtig. Aber auch alles andere? Ein zentraler Satz in den Erläuterungen zum Haushaltsentwurf ist:

„Die gesunkenen Steuereinnahmen führen zu einer veränderten Steuerkraftmesszahl und somit zu einer Minderung aus den Erträgen aus der Kreisumlage. Sollte der Rettungsschirm allerdings in der gewünschten Form greifen, dürfte die Kreisumlage allerdings die Höhe des Vorjahres erreichen“.

Staatliche Rettungsschirme tragen Unternehmen, Arbeitnehmer aber auch Kreise und Kommunen? Wie lange? Sind wir im Schlaraffenland? Letztes Jahr habe ich hier festgestellt: Wohlstand kommt nicht aus der Gelddruckerei der EZB sondern entstammt der Produktivität unserer Unternehmen und deren Arbeitnehmer. Genau die fällt durch Produktionseinbrüche weg. Dafür kauft die EZB weiter Wertpapiere in ungeahnten Ausmaß. Vielleicht wird demnächst auch Toilettenpapier als aufzukaufendes Wertpapier angesehen. Im Gegensatz zu Staatsanleihen haben wir grade hier in diesem Jahr immerhin eine echte Knappheit erlebt. Wir werden sehen, was staatliche Rettungsschirme tatsächlich wert sind und wie sie von den Bürgern finanziert werden. Für unseren Haushalt verheißt das nichts Gutes.

Was fehlt in diesem Haushalt? Wenn Sie nach Weihnachten einige Tage Zeit haben sollten, dann empfehle ich Ihnen das Buch *Gleichgewicht der Macht: Der ewige Kampf zwischen Staat und Gesellschaft* von Acemoglu und Robinson. Die These des Buches ist: wenn ein enger Korridor des Gleichgewichtes zwischen Staat und Zivilgesellschaft verlassen wird, scheitern Gesellschaften.

In der derzeitigen Corona- Pandemie droht die Balance in Richtung Staat zu kippen. Umfangreiche Verordnungen kommen in immer kürzeren Abständen. Bürgerliche Freiheiten sind durch den

Infektionsschutz eingeschränkt. Um die entstandene Schieflage wieder auszugleichen, wäre es umso wichtiger, auf allen Ebenen Bürgerrechte und Bürgerbeteiligung auszubauen. Leider sind unsere Vorschläge für Online-Bürgerbeteiligung oder die Übertragung von Kreistagssitzungen schon vor der Pandemie abgelehnt wurden. Unser Antrag für eine Informationsfreiheitssatzung für den Landkreis hätte Bürgern Transparenz gerade in Zeiten der Pandemie ermöglicht. Der Antrag wurde mit Hinweis auf einen Gesetzesentwurf im Landtag vertagt. Im Landtag gibt es seit Jahren, Jahrzehnten, immer mal wieder Anträge dazu. Aber es passiert nichts! Der zuständige Landtags-Ausschuss hat das Thema 2020 zweimal kurz aufgenommen. Das letzte Protokoll wollte ich gestern abrufen. Ich zeige es Ihnen hier: Fehler 404. Not Found. Besser hätte man den Zustand der Informationsfreiheit im Lande Niedersachsen nicht beschreiben können. In anderen Bundesländern und im Bund ist Informationsfreiheit seit 10 bis 20 Jahren Standard, in den bereits USA seit 1967. Wir hier im Kreis hätten dieses Jahr ein Signal setzen können. Wegen fehlender, abgelehnter Instrumente der Bürgerbeteiligung lehnen wir diesen Haushalt heute ab.

Der Antrag der FDP zur Förderung von von Biodiversitätsstreifen hat zwar unsere Sympathie. Uns fehlen jedoch Angaben zu Kosten. Auch ist die Abgrenzung zu Möglichkeiten der Landespolitik unklar. Wir können dem daher so nicht zustimmen.

Im Antrag der CDU geht darum, dass die kommunale Ebene die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) bei der Planung von Ortsumgehungen unterstützt. Die Behörde ist nämlich ausgelastet. Eine Beschleunigung des Baues von Ortsumgehungen würden wir natürlich begrüßen. Dieses Ziel wird damit aber nicht erreicht. Wenn eine Landesbehörde Auslastungsprobleme = Personalgewinnungsprobleme hat, dann ist es völlig sinnfrei, wenn Landkreise befristet Personal für eben diese Aufgaben einstellen. Dieses Personal ist für die Landesbehörde dann erst recht nicht verfügbar. Dafür haben wir Personalkosten in Höhe von gut 4,9 Millionen zu erwarten.

Wenn eine Landesbehörde ihre Probleme nicht selber lösen kann, dann geht das Problem an die nächsthöhere Behörde. Die heißt: „Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung“ und verantwortlich ist Minister Herrn Bernd Althusmann (CDU) an der Spitze. Althusmann ist zugleich stellvertretender Ministerpräsident Niedersachsens und sitzt eigentlich weit oben, wenn es um die Verteilung finanzieller Kapazitäten geht. Wenn Herr Althusmann das nicht gelöst bekommt, dann muss man eben häufiger und lauter nachfragen.

Oder ist es eine Strategie, dass die Kreise die Probleme des Herrn Minister lösen, damit dieser dann in Anlehnung an einen alten Werbespot verkünden kann: Ich war erfolgreich. Und habe nicht einen Pfennig dazu bezahlt! Das müssen wir ablehnen!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen Allen schon jetzt frohe und besinnliche Weihnachten und ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2021. Ich danke Allen, die sich in unserem Kreis und für unseren Kreis einsetzen, dieses Jahr unter besonderer Belastung. Danke für diese besonderen Leistungen!